

Ort:	Rathaus Charlottenburg
Datum:	08.12.2023
Uhrzeit / Dauer:	19:30 – 21:30 Uhr

1	Beschlussfassung über die Protokollführung, Gäste, die Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen.....	1
2	Übergang von Klasse 6 zu Klasse zu 7, zu Gast: Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie und Dr. Torsten Kühne, Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung	1
3	Weihnachtsfeier mit Ehrung von verdienten und ausscheidenden LEA-Mitgliedern.....	4
4	Verschiedenes	4

1 Beschlussfassung über die Protokollführung, Gäste, die Tagesordnung und Verabschiedung von Sitzungsprotokollen

- Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr
- Protokollführung: LEA-Mitglieder des Bezirkes Spandau
- Der Vorsitzende gibt einleitende Hinweise zur Sitzungsdurchführung.
- Es gibt keine weiteren Ergänzungen zur Tagesordnung.
- Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.
- Protokoll für November wurde bestätigt.
- Gäste: [REDACTED] (AG Gemeinschaftsschule) und Vertreter ehemalige AG ISS.
- Es gibt keine Einwände gegen die Teilnahme und das Rederecht der Gäste.

2 Übergang von Klasse 6 zu Klasse zu 7, zu Gast: Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie und Dr. Torsten Kühne, Staatssekretär für Schulbau und Schuldigitalisierung

Senatorin berichtet über eine Gesetzesänderung zum Übergang von Klasse 6 zu Klasse 7. Im Moment äußern circa 50 % der Schüler*innen den Wunsch nach der Grundschule auf ein Gymnasium zu gehen. Die restlichen 50 % entscheiden sich für eine Sekundarschule. Der Prozentsatz weicht von Bezirk zu Bezirk ab, aber der Durchschnitt gestaltet sich im 50er Bereich. Laut der Senatorin seien viel zu viele Schüler*innen mit gymnasialen Wunsch, man brauche nicht so viele Akademiker*innen. Die Gesetzesänderung solle den Familien Druck wegnehmen und den Übergang erleichtern. In der neuen Form lege man einen großen Wert auf Stärken, Fähigkeiten und Kompetenzen der Kinder, die im Lernsystem kontinuierlich begleitet werden sollen und nicht primär auf den Wunsch der Eltern. Die Wahl der geeigneten Schulform solle sich an den Kompetenzen der Kinder orientieren und nicht an der Entscheidung der Eltern.

Es wird ein eingeschränktes Wahlrecht der weiterführenden Schule geben.

Tatsächliche Umsetzungsform: Kinder werden in den Semestern 5/2, 6/1 eine große Vergleichsarbeit schreiben, die berlinweit gleich sein soll. Die Ergebnisse der beiden Klassenarbeiten, als auch die Zeugnisnoten werden einen Notendurchschnitt ergeben. Diese wird entscheidend für die Art der Schule.

Die Erstellung der Vergleichsarbeiten ist ein großes Vorhaben, man müsse schauen, ob zu diesem Zeitpunkt dieses Vorhaben realisierbar sei.

Ein Notendurchschnitt für die gymnasiale Empfehlung beträgt aktuell bis 2,2.

Sollte ein Kind einen Notendurchschnitt schlechter als 2,3 erreicht haben, besteht eine Möglichkeit, einen Antrag auf ein Probeunterricht auf einem Gymnasium zu stellen. Diese Maßnahme solle dem Kind den Blick in den gymnasialen Unterricht geben, als auch den Lehrer*innen die Kompetenzen der Schüler*innen zu prüfen.

Fragen:

Im LSB wurde über diese Gesetzänderung sehr stark diskutiert. Es stellt sich die Frage, woher die Zahlen über die 50 % Grenze fürs Gymnasium? Man müsse wissen, wie viele Schüler*innen mit und ohne gymnasiale Förderprognose das Probehalbjahr auf dem Gymnasium nicht schaffen. Mit dieser Änderung werden wir mehr Schüler*innen auf der ISS und Gemeinschaftsschulen haben, es würde die Schule völlig überlasten.

Die Gemeinschaftsschule äußert, dass mit dieser Gesetzänderung erst recht Druck auf die Kinder aufgebaut wird. Wie kommen Sie dazu, dass es genau anders ist?

Antwort:

Die Gemeinschaftsschulen und ISS sind auf dem Weg der Verbesserung, um den Kindern bessere Bildung anzubieten.

Die Vergleichsarbeiten werden auch an den Gemeinschaftsschulen geschrieben. Die Gesetzesänderung sieht vor, den Druck wegzunehmen und keinen neuen zu erzeugen. Die Vergleichsarbeiten an den Gemeinschaftsschulen werden nicht benotet. Erst dann, wenn ein Schüler den Wunsch äußern soll, die Schule zu verlassen, wird die Leistungsbeurteilung in eine Note umgewandelt.

Nachfrage: Die Umwandlung findet nur dann statt, wenn die weiterführende Schule danach verlangt.

Fragen:

Wie kann man von den Kindern verlangen, Vergleichsarbeiten zu schreiben, wenn die Schulen mittlerweile mit nur 70 % Lehrerauslastung ausgestattet sind? Es wird kein Lernstoff vermittelt, Personal fehlt, kulturelle Gegebenheiten erschweren den sowieso schon eingeschränkten Unterricht, durchzuführen.

Die Gesetzänderung sieht vor, die ISS attraktiver zu machen. Um das zu erreichen brauche die ISS mehr Geld für externe Projekte, mehr Lehrer, kleinere Klassen.

Der Druck wird rausgenommen bei den Schülern und Schulen, die schon sowieso gut sind, weil sie es können, aber bei den Brennpunktschulen wird der Druck bei den Kindern enorm steigen.

Antworten:

Es geht nicht darum, den Druck zu erhöhen, sondern wegzunehmen. Die Qualität an den ISS und Gemeinschaftsschulen muss verbessert werden. Diese Schulformen müssen gestärkt werden.

Der Niveauunterschied in den Schulen in Berlin ist der Senatorin bekannt.

Die Gesetzesänderung sieht vor, die ersten 3 Jahren auf der Bezirksebene die Vergleichsarbeiten zu schreiben, und dann berlinweit.

In fünf Jahren werden wir die Situation erreichen, dass sich die Lehrerquote an den Schulen erhöht, somit wird sich die Situation an den Schulen bildungsfreundlicher gestalten.

Mit den Vergleichsarbeiten wird die Gewinnung der Qualitätssicherheit und Bildungsqualität erreicht.

Die Vergleichsarbeiten werden von den Pädagog*innen in einer berlinweiten Arbeitsgruppe entwickelt. Jeder Lehrer kann sich bei dem Entwurf der Vergleichsarbeiten beteiligen.

Bis jetzt wurde die Qualität an den Schulen deutlich verbessert:

ISS und Gemeinschaftsschulen werden durch Schulsozialarbeit (60 Stellen) unterstützt, nehmen an verschiedenen Programmen (47 Millionen € flexibles Budget) teil und Schulpsycholog*innen in

Bezirken sind zusätzlich eingestellt worden. Ziel ist es innerhalb des Budgets höhere Flexibilität beim Ausgeben der Mittel.

Fragen:

Wie wird die praktische Umsetzung der Vergleichsarbeiten aussehen? Schreiben die Kinder an demselben Tag, berlinweit, eine Vergleichsarbeit?

Pankow ist von dem Lehrermangel sehr betroffen. Das vorhandene Personal streikt, Schulen werden tageweise geschlossen, weil kein Personal anwesend ist.

Welche Rolle spielt das soziale Lernen in den Vergleichsarbeiten?

97 % der Schüler haben den Erstwunsch erfüllt bekommen, warum dann eine Gesetzesänderung in dem Bereich, statt neue Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität an den Schulen einzuführen. Die Reihenfolge der politischen Maßnahmen ist fraglich.

Wenn weniger Schüler*innen an den Gymnasien sind, dann gehen die Lehrer*innen erst recht an Gymnasien und nicht an die ISS und die Gemeinschaftsschulen, um zu unterrichten. Ab welchem Schuljahr würde diese Änderung eingeführt werden?

Wie sieht das Konzept aus, um alle Schulen bei dem Entwurf der Vergleichsarbeiten zu beteiligen.

Antworten:

Es ist kein zentrales „Abi“ vorgesehen, also es ist nicht umsetzbar, dass die Vergleichsarbeiten an einem Tag berlinweit geschrieben werden. Es hat schon ein Pilotprojekt in Mitte stattgefunden, wo eine Vergleichsarbeit entworfen worden ist. Diese Arbeitsgruppe wurde durch Schulaufsicht begleitet. Jetzt wird überlegt, wie die Erfahrungen aus dieser Arbeitsgruppe auf andere Bezirke abgeleitet werden können. Es wird angestrebt, alle Lehrer zu motivieren, sich daran zu beteiligen. Ziel ist es leistungsstärkere Schüler an der ISS zu haben, um den Lehrern diese Schulen attraktiver zu machen.

Im Moment:

50 % der Schüler machen Abi

20 000 Schulplätze fehlen in Berlin

13.500 Schüler sind aus der Ukraine nach Berlin geflohen- für welche wir einen Schulplatz anbieten müssen.

Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Es gibt Schulen und Bezirke, die mehr Aufwand mit Aufgaben im Bereich der Sozialkompetenzen bei den Schülern haben.

Dr. Thorsten Kühne: Für die Schüler*innen, die das Gymnasium nicht bestanden haben, steht immer sehr große Herausforderung, eine gute ISS Schule zu finden. Meistens haben nur die Schulen mit schlechtem Ruf freie Kapazität.

Es ist eine Arbeitsgruppe gegründet, damit alle Schüler*innen im Übergang verteilt werden. Es wird regionsweise aufgeteilt. Berlin wird in vier Regionen geteilt. Die Aufteilung erfolgt innerhalb dieser Regionen.

Die mögliche Umsetzung kommt mit dem Schuljahr 2025/2026 oder ein Jahr später mit 2026/2027.

Fragen:

Es ist sehr schön, Standards zu haben, aber die Praxis sieht anders aus. Es herrscht sehr großer Migrationsanteil in den Schulen, was mit sich viele Probleme und Herausforderungen bringt. Diese Schulen haben keine Chancen, in den Vergleichsarbeiten genauso gut abzuschneiden, wie Schulen mit kleineren Migrationsanteil, weil der Lernstoff nicht gleich unterrichtet werden kann.

Solange die Schule es nicht schafft, eine kontinuierliche Bildung den Schülern anzubieten, wird es auch keine Gerechtigkeit bei der Ausbildung geben.

Viele Schüler haben Schwierigkeiten mit dem Lesen, viele sind nicht genügend auf die Schule vorbereitet. Die personelle Situation in den Kitas zeigt sich auch sehr angespannt, es fehlen sehr viele Pädagog*innen. Sollte man nicht im letzten Kitajahr die Vorschule in Berlin wieder einführen und das Jahr als Pflichtjahr erklären?

Antwort:

Die Senatorin versichert, dass Schule, die Probleme haben, sollen sich bei ihr melden können und sagen was sie brauchen und mit ihr ins Gespräch gehen. Im Moment beschäftigt sie sich mit einer Grundschule in Spandau, die sehr große Probleme in verschiedenen Bereichen aufweist.

Bildungsungerechtigkeit ist ein großes Thema - um dagegen zu steuern sind verschiedene Maßnahmen eingeleitet worden: Programm Frühe Chancen, Förderung der sprachlichen Bildung, Willkommensgutschein ohne Beantragung ab dem 3. Lebensjahr (ab dem Jahr 2025), das Platzangebot in den Berliner Kindertageseinrichtungen ist besser geworden, bis 2026 wird auch die personelle Situation verbessert.

Die Senatorin möchte das Lehramtsstudium attraktiver machen. Im Moment brechen viele Studierende das Studium ab, die Universitäten melden, dass die Studierenden nicht fähig sind zu studieren.

Die Schüler*innen vergleichen sich im Alltag oft. Jeder hat Stärken und Schwächen. Die Kinder müssen ein Gefühl bekommen mit Erfolgen und Niederlagen umzugehen. Die Unterschiede auszuhalten und Toleranz für den Anderen zu entwickeln. Die Senatorin erwartet die gleiche Toleranz von Akademiker*innen, wie von Handwerker*innen.

Durch die Steuerung der Schüler*innen wird den weniger attraktiven Schulen die Chance gegeben, den Ruf zu verbessern und am Image zu arbeiten.

Fragen von der Senatorin: Wie können die Eltern besser über die ISS Schulen informiert werden und wie können diese attraktiver dargestellt werden?

3 Weihnachtsfeier mit Ehrung von verdienten und ausscheidenden LEA-Mitgliedern

Ehrungen an:

■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■■■■■■■■■■■

4 Verschiedenes

Nächste Sitzung findet am 12.01.2024 im Rathaussaal in Mitte statt. Es ist eine konstituierende Sitzung. Der Vorstand möchte sich wieder zur Wahl stellen.

Es werden ab sofort Themen für das Jahr 2024 gesammelt.